

## Estland

WIM VAN MEURS

Nachdem Arnold Rüütel am 21. September 2001 zum Nachfolger des langjährigen Staatspräsidenten Lennart Meri gekürt wurde, erlebte Estland zur Jahreswende einen der üblichen Regierungswechsel ohne Wahlen. Die Reformpartei brach im Tallinner Stadtparlament die Koalition mit den Gemäßigten und der Pro-Patria-Union, um mit Edgar Savisaars Zentrumspartei weiterzuregieren. Daraufhin sah Premier Mart Laar für die gleiche Koalition auch auf nationaler Ebene keine Vertrauensbasis mehr. Die neue Regierung von Siim Kallas (Zentrumspartei und Reformpartei) trat am 22. Januar an.

### *Vorbereitungen für den EU-Beitritt*

In den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission sind kaum größere Probleme zu verzeichnen. Strittig waren zuletzt z.B. Agrarquota und die Abschaffung des tax-free-Verkaufs auf Ostseefähren. Umfragen Anfang des Jahres zeigten jedoch zum ersten Mal eine Mehrheit für die Europaskeptiker (nur 38% Zustimmung bei einer Umfrage Ende 2001). Obwohl kein Referendum erforderlich ist, wurden Stimmen laut, nach Abschluss der Verhandlungen und vor Ratifizierung des Beitritts eine Volksbefragung durchzuführen.

Während nur wenige estnische Bauern von den SAPARD-Mitteln profitieren werden, könnte der ISPA-Strukturfonds beim neoliberalen Staatsverständnis in Tallinn und den ausgeprägten Disparitäten regionalpolitisch bedeutsam werden. Ein Hemmnis bleibt dabei die Lokalverwaltung: Kein Beitrittsland hat so viele Klein- und Kleinstkommunen ohne entsprechende Verwaltungskapazitäten. Nach langen Debatten entschied sich die Regierung im Mai 2001 für eine Halbierung der Zahl der 247 Kommunen, scheiterte aber vorerst am lokalen Widerstand.

### *Wirtschaft und Handel*

Wie EU, EBRD und IWF einhellig bestätigten, hat kaum ein Transformationsland die Aufgaben der makroökonomischen Reform und Strukturreformen so erfolgreich bewältigt wie Estland. Wachstum (BSP 2001 +5,4%), ein ausgeglichener Staatshaushalt, steigende Auslandsinvestitionen (522 Mio. USD, 2001) und estnische Investitionen im Baltikum belegen dies. Sogar die Arbeitslosenrate ging zurück auf 11% (14% im Vorjahr). Als Teil des nationalen Erfolgsrezepts hat man sich gezielt modernster Technologie verschrieben.<sup>1</sup> Als erstes Land der Welt plant Estland eine Gendatenbank der Gesamtbevölkerung und elektronische ID-Karten. Die Schlie-

Bung der Ericsson-Werke in Tallinn war volkswirtschaftlich und symbolisch ein Rückschlag.

Größere politische Schwierigkeiten bereiten nach wie vor der Abschluss der großen Privatisierung bzw. Umstrukturierung, obwohl die Privatisierungsagentur im Oktober 2001 geschlossen wurde. Die Privatisierung der staatlichen Eisenbahnlinien führte schließlich zum Rücktritt des Wirtschaftsministers. Die Veräußerung und Modernisierung der beiden Kraftwerke in Narva hat reichlich politische Brisanz: Die mit Ölschiefer befeuerten Kraftwerke sind wichtige Arbeitgeber im strukturschwachen Nordosten mit seiner russischen Mehrheit und garantieren Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen, sind aber unvereinbar mit europäischen Umweltstandards.

### *Regionalkooperation, Minderheitenpolitik und Russland*

Wegen der vermeintlichen Diskriminierung der russischen Minderheit belegt Russland Importe aus Estland (anders als Lettland) mit Doppelzöllen. Ein Abkommen zur Normalisierung des Handels (April 2001) wurde von Moskau mit dem Kirchenkonflikt durchkreuzt. Das Innenministerium weigerte sich in diesem Konflikt, die Estnische Orthodoxe Kirche des Russischen Patriarchats neben der Estnischen Apostolischen Orthodoxen Kirche des Konstantinopler Patriarchats zu registrieren.

Obwohl die Geburtsraten der Esten sich erholen, ist die demographische Kehrtwende noch nicht erreicht. Somit werden die Russischsprachigen zu Arbeitspotential. Die Einbürgerung verläuft mit einigen Tausend im Jahr weiter schleppend. Dank des mehrjährigen Integrationsprogramms, aber vor allem dank des Wirtschaftswachstums steigt das Vertrauen der russischen Einwohner in den estnischen Staat und die Volkswirtschaft (62% bzw. 63%, vgl. 39% und 31% in Lettland).<sup>2</sup>

Die Minderheitengesetzgebung ist kaum noch strittig, auch aus Sicht von EU und OSZE, die ihre Mission Ende 2001 schlossen, nachdem mit den Sprachanforderungen für Abgeordnete letzte Bedenken ausgeräumt worden waren. Umgehend wurde Estnisch zur offiziellen Sprache der nationalen und kommunalen Parlamente erklärt.

Russland hat seinen Widerstand vor allem gegen den NATO-Beitritt nicht aufgegeben, äußert sich seit dem 11. September aber deutlich moderater. Im Rahmen dieser Entspannung beschloss die Riigikogu im Juni 2001 eine Erklärung, die die Verbrechen des kommunistischen Regimes mit denen der Nazi-Diktatur gleichsetzen würde, vorerst zu vertagen. Auf der substaatlichen Ebene zeichnete sich sogar Kooperationsbereitschaft zwischen den estnischen Grenzregionen und der benachbarten russischen Großstadt Pskov ab. Zwischen Moskau und Tallinn blieben Grenzfrage, Kirchenkonflikt und Diskriminierung auf der Tagesordnung.<sup>3</sup>

### Anmerkungen

1. Berg, Eiki/van Meurs, Wim: „Estland“, in: Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation, Hrsg. Werner Weidenfeld, Bd. 2 (Gütersloh 2001), S. 74-83.
2. RFE/RL Baltic States Report 2/2 (22.01.2001).
3. RFE/RL Baltic States Report 3/1 (04.01.2002).